

LANGE WARTEZEITEN

NEOS: „Grenzkontrollen belasten die Region“

Zwischen Österreich und der Slowakei wird am Grenzübergang Berg weiterhin kontrolliert. Die Hainburger Ortsgruppe der NEOS sieht dies kritisch und fordert die Aufhebung der Kontrollen. Das Innenministerium betont hingegen, dass die Kontrollen Wirkung zeigen würden und weiterhin notwendig seien.

VON JOSEF RITTLER

HAINBURG Anfang Oktober 2023 waren die Grenzkontrollen zur Slowakei wieder aufgenommen worden. Seither müssen Reisende und Pendler am Grenzübergang Berg mitunter lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Die Hainburger NEOS sehen darin eine Belastung für Menschen und Wirtschaft der Region und fordern gemeinsam mit slowakischen Politikern eine Aufhebung der Kontrollen.

„Es ist furchtbar, ständig unter Stress zu fahren und nicht zu wissen, ob es wieder zu einem Stau kommt“, klagt beispielsweise Eva Vargová aus Hainburg, die in Bratislava arbeitet. Täglich fahre sie hin und her und man könne nie wissen, wann es plötzlich zu Wartezeiten kommt.

„Ich habe oftmals erlebt, dass mein Kind auf mich warten musste, sei es bei der Schule oder nach dem Karate-Kurs, weil ich im Stau gestanden bin“, erzählt Vargová. Dann habe sie telefonieren müssen, um jemanden zu finden, der das Kind abholt. Sehr oft gebe es Autofahrer, die sich aggressiv vordrängen oder andere nicht einordnen lassen. Es sei frustrierend und auch ein Schaden für die Umwelt: „Gleichzeitig denke ich auch an die vergiftete Luft durch die Abgase, die tausende Autos jede Woche unnötigerweise in die Umwelt bringen“.

„Die Kontrollen bremsen wirtschaftliche Entwicklung



▲ Dominik Oberhofer, Martina Bednar, Zuzana Stevulova und Martin Hojsik machen gegen die Grenzkontrollen mobil.

Foto: NEOS

und erschweren das Zusammenwachsen unseres gemeinsamen Europas“, kritisiert die Hainburger Gemeinderätin Martina Bednar (NEOS). Europa feiere das 40-jährige Bestehen des Schengener Abkommens, das nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für offene Grenzen und Reisefreiheit stehe, dennoch komme es an der Grenze zwischen Hainburg und der Slowakei weiterhin zu Kontrollen.

Bednar: Belastung für Menschen und Wirtschaft

NEOS haben daher bei einem grenzüberschreitenden Austausch auf die Situation aufmerksam gemacht. „Die täglichen Kontrollen erschweren Arbeitswege, Kinderbetreuung oder Familienbesuche und führen zu unvorhersehbaren Wartezeiten. Das belastet die Menschen in Hainburg und Umgebung spürbar und hemmt die

wirtschaftliche Entwicklung“, ist Bednar überzeugt.

Schätzungen zufolge entstehe jährlich ein volkswirtschaftlicher Schaden von rund 180 Millionen Euro – umgerechnet etwa 200 Euro pro Person in der Region. Die tatsächlichen Ergebnisse stünden dazu in keinem Verhältnis: „Am Grenzübergang Berg wurden 2024 lediglich zwei Verdachtsfälle auf strafrechtlich relevante Sachverhalte gemeldet.“

Dominik Oberhofer, NEOS-Nationalratsabgeordneter und Europa- sowie Verkehrssprecher, kritisiert die Praxis ebenfalls scharf: „Es ist höchste Zeit, Verantwortung für unser gemeinsames Europa zu übernehmen. Statt teurer und ineffektiver Kontrollen innerhalb der EU, müssen wir uns auf den Schutz der EU-Außengrenzen konzentrieren.“ Das sei der einzige effektive Weg, um die Reisefreiheit im Schengen-Raum zu gewähr-

leisten und die Menschen in den Grenzregionen zu entlasten.

Unterstützung erhalten NEOS auch von slowakischer Seite, unter anderem von Zuzana Stevulova, Integrationsexpertin der liberalen Partei „Progresivne Slovensko“, und Martin Hojsik, Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Beide betonen ebenfalls den negativen Einfluss der Kontrollen auf die regionalen Beziehungen und die Entwicklung der Grenzregion.

Grenzkontrollen laut Innenministerium nötig

Seitens des Innenministeriums wird darauf verwiesen, dass Grenzkontrollen nach wie vor notwendig seien. „Um die illegale Migration gegen Null zu drängen und die organisierte Schlepperkriminalität weiterhin in Schach zu halten, wurde ein Bündel an Maßnahmen gesetzt, das auch Wirkung zeigt – die laufend veröffentlichten Zahlen von rückläufigen Aufgriffen und Asylanträgen belegen das auch eindeutig“, heißt es aus dem Innenministerium.

Eine der Maßnahmen seien Binnengrenzkontrollen: „Es werden sowohl Grenzpunkt-, als auch Grenzraumkontrollen durchgeführt. Diese Maßnahme bleibt auch aufrecht, so lange es notwendig ist. Wie lange das der Fall ist, hängt auch davon ab, wie schnell es Fortschritte beim EU-Außengrenzschutz gibt.“

Die Aufgabe des Ministeriums und der Polizei sei es, Maßnahmen zu setzen, um die illegale Migration einzudämmen: „Dabei wird stets versucht, möglichst zielgerichtet zu kontrollieren – es geht also nicht um eine Schikane, sondern um die Sicherheit der Bevölkerung.“